

# europa **ROT**

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 9 · Juli 2012

## Des einen Freud, des anderen Leid

### Wieso bisher nur Europas Süden für die Krise der Währungsunion aufkommt.

**VON JÜRGEN KLUTE  
UND HANNA PENZER**

So sehnsüchtig wie in diesem Sommer wurden deutsche Urlaubsgäste schon lange nicht mehr an den Stränden im Süden Europas erwartet. Die Wirtschaft in weiten Teilen der EU liegt am Boden. Jeder zweite junge Spanier ist ohne Job, viele schlagen sich mit Nebenverdiensten und unbezahlten Praktika durch. In Griechenland macht sich nach drei Jahren eines brutalen wirtschaftlichen Niedergangs Hoffnungslosigkeit breit. Die Zahl der Selbstmorde an der Ägäis hat sich mehr als verdoppelt: Arbeitslose, Ärzte, Rentner wissen keinen Ausweg mehr.

Schon 2011 hat die katholische Kirche dazu aufgerufen, dass Bürger, die es sich leisten können, bei der Auswahl ihres Urlaubsziels eine bewusste Entscheidung treffen sollten. Das Image des Landes ist

angekratzt. Längst erreichen uns kaum noch positive Nachrichten aus Athen: zunehmende Kriminalität, Gewalt zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, scharfe Arbeitskämpfe, abnehmende Lebensqualität. Werbung kann der griechische Tourismussektor – einer der letzten verbliebenen Anker der griechischen Ökonomie – derzeit gut gebrauchen!

Tausende Kilometer westlich sieht es nicht besser aus. Als Schwäbisch Hall unlängst Bedarf an qualifizierten Ingenieuren anmeldete, meldeten sich über Nacht Tausende portugiesischer Arbeitssuchender in der Kleinstadt in Baden-Württemberg. Junge und gut ausgebildete Portugiesen glauben nicht mehr daran, dass sich die Krise in ihrem Land auf absehbare Zeit löst. Sie suchen ihr Glück in Bayern, Brasilien, manche sogar in Angola oder Mozambique.

Die Unternehmen dort reiben sich die Hände, Portugal lässt seine Zukunft ziehen.

Was bleibt, ist auch hier die Hoffnung auf Urlauber aus dem Norden – nicht zuletzt seitdem Lissabon auf Empfehlung von EU-Kommission und IWF Steuernachlässe für Gaststätten gestrichen hat. Bei sinkendem Gehalt und eingefrorener Rente ist auswärts essen für die Mehrzahl der Portugiesen nicht mehr drin. Die Folge: Kneipen und Restaurants machen dicht. Wie konnte es so weit kommen? Im verschärften Wettbewerb auf dem europäischen Binnenmarkt konnten nur wenige Branchen in den weniger reichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mithalten. Griechenland, Portugal und Spanien haben eines gemein: Unter teils brutalen Militärdiktaturen waren sie jahrzehntelang abgeschottet. Mit Strukturhilfen und Staatsanleihen, die nach Euro-Einfüh-

rung so günstig waren wie nie, wurden teure Investitionen nachgeholt, Technologie importiert und große Produktivitätsfortschritte erreicht. Genützt hat es wenig: Dank Hartz IV, Minijobs und gelockertem Kündigungsschutz sind die Menschen in der Bundesrepublik gezwungen, immer schlechter bezahlte Stellen anzunehmen. Und weil gleichzeitig auch hierzulande rationalisiert und modernisiert wurde, kann derzeit kaum ein EU-Nachbar mit bundesdeutschen Exporten konkurrieren. In vielen Ländern Europas fehlen deshalb Jobperspektiven. Verbraucher, Banken und die öffentliche Hand müssen sich verschulden, um die Einfuhren aus der Bundesrepublik, den Niederlanden und Österreich zu bezahlen.

Um diejenigen Länder, die zu wenig ins Ausland ausführen, aus ihrem Dilemma zu erlösen, sind brutale Kür-

zungsorgien der falsche Weg. Der europäische »Wiederaufbau« kann nur gelingen, wenn ausreichend Mittel in Bildung und Forschung gesteckt werden, wenn gezielte Investitionen nicht länger durch aggressiven Lohn- und Steuerwettbewerb konterkariert werden.

Die Anpassungsprogramme, die von EU und IWF verordnet werden, setzen aber viel zu einseitig auf Sparen und Kürzen. Investitionen werden hintangestellt. Doch selbst ohne diese Auflagen wäre der Spielraum, den die Regierungen in Athen, Lissabon, Dublin, Madrid und Rom für Investitionen aufwenden können, kaum größer.

Die Kanzlerin lässt keine Gelegenheit aus, auf die heilende Wirkung des Drucks der Märkte zu verweisen. Ohne diesen Druck würden zu viele Kredite aufgenommen, der öffentliche Schuldenstand würde rasch außer Kontrolle geraten. Tatsächlich haben Portugal, Griechenland und Spanien in den letzten Jahren aber historisch einzigartige Sparanstrengungen unternommen. Renten werden gekürzt, Beamte warten oft monatelang auf ihre Gehälter. Spanien hat Subventionen für Solarenergie-Projekte gestrichen,

öffentliche Investitionen werden zurückgestellt. Doch all diese Anstrengungen verpuffen bislang völlig wirkungslos.

Die Banken in ganz Europa zehren an den Folgen der Finanzkrise. Gleichzeitig misstrauen sie der Schockstrategie der Troika. Selbst bei Standard & Poor's ahnt man es: Ohne Wachstum können Staatsanleihen nicht zurückgezahlt werden. Dass für südeuropäische Bonds Zinsen von mehr als 7% verlangt werden, ist deshalb längst keine Seltenheit mehr. Während Europas Krisenstaaten einen aussichtslosen Kampf gegen die Explosion ihrer Schulden führen, kann Finanzminister Schäuble aus ungleich bequemerer Lage gute Ratschläge geben: Deutschland kann sich inzwischen beinahe zum Nulltarif refinanzieren.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) hat Anfang dieses Jahres das deutsche »Glück der billigen Schulden« genauer unter die Lupe genommen. Demnach betragen die Zinsen in den Krisen-jahren 2009 bis 2011 für zweijährige deutsche Staatsanleihen durchschnittlich 1,11% und für zehnjährige durchschnittlich 2,91%. In den acht

Jahren davor lagen die durchschnittlichen Zinsen dagegen bei 3,42% bzw. 4,27%. Laut den Berechnungen des IW Köln hat die Bundesrepublik aufgrund der günstigeren Zinssätze infolge der sogenannten Euro-Krise rund 45 Milliarden (!) weniger Zinsen zahlen müssen.

Die Chance und die Legitimität der EU läge nun gerade darin, der konzentrierten Macht der Finanzmärkte abgestimmt und als Einheit gegenüberzutreten und ihnen die nötigen Grenzen zu setzen. Denn das können die Mitgliedstaaten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – aus eigener Kraft nicht.

Auf Betreiben einiger Mitgliedsländer tritt die EU den Finanzmärkten aber nicht als politische und ökonomische Einheit entgegen, sondern liefert Mitgliedstaat für Mitgliedstaat den Finanzmärkten aus. Dabei gibt es kurzfristig Verlierer und Gewinner, langfristig möglicherweise aber nur Verlierer – jedenfalls in der EU. Der Idee eines einheitlichen Wirtschaftsraumes steht diese Entwicklung diametral entgegen. Und so verspielen die EU-Mitgliedstaaten die große Chance, der EU eine neue Legitimität für jüngere Bürgerinnen und Bürger zu verleihen.

Muss Deutschland aber nicht enorme Summen für die Rettung der krisengeschüttelten südeuropäischen Euro-länder aufbringen? Die Summen, die für die Rettungspakete für Griechenland aufgebracht werden mussten, erscheinen als zweifelsfreier Beleg dafür. Der Eindruck, der uns von Politik und Medien vermittelt wird, trügt aber. Zusätzlich zu den Zinsersparnissen hat die Bundesrepublik dem griechischen Steuerzahler 400 Millionen Euro Zinsgewinne direkt abgenommen. Auf diesen Zinsgewinn hat letztlich der ehemalige griechische Finanzminister Evangelos Venizelos hingewiesen. Die Erklärung dafür ist einfach: Die Bundesrepublik stellt der griechischen Regierung einen höheren Zinsbetrag in Rechnung, als sie für ihren Anteil an den griechischen Rettungspaketen auf dem Finanzmarkt zahlen muss.

Die bisherige Bilanz der Eurokrise könnte daher kaum ungleicher ausfallen: Während die einen sich beinahe zu Tode sparen, spart die Bundesrepublik ebenfalls und verweigert jede echte Lösung des Krisendilemmas. Es wird sich zeigen, wie lange man sich in Athen und Lissabon noch über Besuch aus dem Norden freuen wird.



Die Wirtschaft liegt in weiten Teilen der EU am Boden.

# »Regionen fördern! Nicht bestrafen!« – Gegen eine Verschärfung der euro- päischen Sparpolitik

Kampagne der linken Fraktion  
im Europäischen Parlament



FRAKTION IN AKTION

## VON CORNELIA ERNST UND MANUELA KROPP

Am 12. Juni 2012 startete DIE LINKE Fraktion im Europaparlament die Kampagne »Regionen fördern! Nicht bestrafen!«. Sie richtet sich gegen ein Vorhaben, das die deutsche Bundesregierung mit anderen Regierungen im Rat der Europäischen Union durchdrücken möchte.

Die deutsche Bundesregierung hat sich mit einer Gruppe anderer Regierungen zusammengeschlossen und möchte, dass Fördermittel aus den europäischen Strukturfonds (Fonds für regionale Entwicklung und Europäischer Sozialfonds) künftig als Druckmittel gegen Mitgliedstaaten in der EU eingesetzt werden können. Und zwar sollen jene Mitgliedstaaten, die die verordnete Sparpolitik des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht einhalten und die Verschuldungskriterien nicht befolgen, keine oder weniger Fördermittel aus den Strukturfonds erhalten. Obwohl die Strukturfonds wichtige Projekte fördern für kleine und mittlere Unternehmen, für Beschäftigung und für den Kampf gegen Armut.

DIE LINKE im Europaparlament geht gegen den geplanten Sanktionsmechanismus mit einer Unterschriftenkampagne vor. Denn es darf doch nicht sein, dass einem Mitgliedstaat ausgerechnet dann die Fördermittel gestrichen werden, wenn er sich offensichtlich in Haushaltsschwierigkeiten befindet. In den Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise brauchen

wir Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung, auch durch die Strukturfonds. Hinzu kommt: Die EU-Fördermittelpolitik ist auch ein Zeichen der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Sie sollte nicht missbraucht werden, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die europäische Sparpolitik durchzusetzen.

In unserer Kampagne »Regionen fördern! Nicht bestrafen!« fordern wir die Menschen in den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU auf, Druck auszuüben auf die Gruppe der Regierungen, die den neuen Sanktionsmechanismus einführen wollen. Die Delegation DIE LINKE im Europaparlament hat einen Protestbrief an Angela Merkel geschickt, in dem sie an die Bundeskanzlerin appelliert, ihre Verhandlungsposition zu ändern und von dem geplanten Sanktionsmechanismus Abstand zu nehmen.

Wir fordern alle Menschen in Deutschland und der EU auf, es uns gleichzutun. Unterschreiben Sie den Protestbrief und schicken Sie ihn an Angela Merkel! Oder schreiben Sie uns eine E-Mail an [cornelia.ernst@europarl.europa.eu](mailto:cornelia.ernst@europarl.europa.eu) mit der Nachricht, dass Sie gegen den geplanten Sanktionsmechanismus unterschreiben möchten.

## Weiterlesen

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu) oder  
bei [www.cornelia-ernst.de](http://www.cornelia-ernst.de)

## WISSEN, WAS IN EUROPA LÄUFT:



**JETZT BESTELLEN**

## Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in aus- gewählten linken Tageszeitungen.

### Erschienene Infomagazine zu folgenden Themen:

- Klimaschutz in der EU
- Kampf gegen Armut, jetzt!
- EU-2020 – Top oder Flop
- Freiheit statt Sicherheitswahn
- Solidarität in Europa und in der Welt
- Sparen, sparen, sparen,  
bis nichts mehr übrig bleibt
- Vom Hunger der Welt
- Tritt ein, bring Geld herein

### Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen?

Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/  
NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 B 072,  
1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine  
E-Mail: [dielinke.presse@europarl.europa.eu](mailto:dielinke.presse@europarl.europa.eu)

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

**Impressum:** Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament · Rue Wiertz 43, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel, Belgien · [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu) · V.i.S.d.P. Gabi Zimmer, Thomas Händel  
Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin · Titelbild: istockphoto.com/Sergei Tarasov  
Auflage: 90.000

# Es wird wieder Deutsch gesprochen

## Die Europäische Union als Profitmotor des deutschen Kapitals

VON SABINE WILS

Von EU-Gipfel zu EU-Gipfel wird die Umwandlung der Europäischen Union von einem Zusammenschluss von Nationalstaaten hin zu einem zentralistischen, bürokratischen Monster im Sinne des Finanzkapitals vorangetrieben. Angela Merkel – und alle sie tragenden deutschen Politiker von CDU über FDP, SPD und Grüne – setzen unter der Flagge einer Fiskalunion die Kontrolle und Bevormundung der Nationalstaaten sowie ihrer Parlamente durch.

Über die im Lissabon-Vertrag verankerte Durchsetzung der Freiheit der Dienstleistungen, des Kapitals, des Warenverkehrs und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte hat sich das deutsche Kapital in der EU eine unangreifbare Wettbewerbsstellung geschaffen. Mit dem Euro wurde der Wechselkurs zu dessen Gunsten ver-

schohen. Die Deutsche Mark wäre heutzutage gegenüber dem Euro um 30% höher bewertet.

Damit wurden innerhalb der EU fast alle anderen Volkswirtschaften, auch Frankreich, in die Ecke gedrängt. Mit »objektiven« Regeln des Fiskalpaktes wird diese Vorrangstellung weiter zementiert.

Beim BDI heißt es:

**Ein neuer Vertrag für den Euro, aus 12 Thesen des BDI vom 7. September 2011**

– »Europa mit seinem einheitlichen Binnenmarkt und seiner starken und stabilen Gemeinschaftswährung ist ein zentraler Faktor für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland. Die deutsche Industrie hat daher größtes Interesse am Erhalt des Euros sowie am Fortbestand und der Weiterentwicklung der Europäischen Union.«

– »Vor diesem Hintergrund bietet die Schulden- und Vertrauenskrise in Europa auch die Chance, die langfristig notwendigen Weichenstellungen endlich anzupacken. Wie so oft, wird die Durchsetzung des Notwendigen erst unter dem Druck der Verhältnisse möglich.«

Dieses Vorgehen soll neben der deutschen Dominanz auch die Profitinteressen der Finanzmärkte bedienen. Kein Wunder also, dass sich diese Pläne des deutschen Finanzkapitals auch international der Unterstützung der FinanzspekulantInnen erfreuen können. Weder die Finanztransaktionssteuer noch Eurobonds können hier Abhilfe schaffen, nur starke demokratische Gegenbewegungen der Bevölkerung, die die Staatsfinanzierung dem Finanzmarkt entreißen und die direkte Finanzierung der Staatshaushalte über die EZB durchsetzen.

## Weiterlesen

Weitere Texte und Informationen finden Sie im Internet unter: [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

Siehe Prof. Heiner Flassbeck zur Direktfinanzierung: [www.ftd.de/politik/international/geldpolitik-heiner-flassbeck-direkte-staatshilfe-macht-s-billiger/60149592.html#utm\\_source=rss2&utm\\_medium=rss\\_feed&utm\\_campaign=/meinungshungrige](http://www.ftd.de/politik/international/geldpolitik-heiner-flassbeck-direkte-staatshilfe-macht-s-billiger/60149592.html#utm_source=rss2&utm_medium=rss_feed&utm_campaign=/meinungshungrige) <http://www.nachdenkseiten.de/?p=11397>

Zur derzeitigen Praxis siehe: [www.nachdenkseiten.de/?p=12480](http://www.nachdenkseiten.de/?p=12480) <http://www.nachdenkseiten.de/?p=11837>



PROTESTBEWEGUNG DER BEVÖLKERUNG

A N Z E I G E

Europa.  
Mit links  
verstehen,  
von unten  
verändern.

EUROPA-LINKS.eu

Das Bildungsangebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sozialen Projekten, multinationalen Netzwerken und politischen Machtverhältnissen.

Für eine kritische Auseinandersetzung mit Europa.



## Austeritätspolitik: die Armut der anderen

VON GABI ZIMMER UND THILO JANSSEN

Angela Merkels Jubel war groß, als die deutsche Nationalmannschaft das griechische Team bei der Europameisterschaft 2012 mit 4:2 aus dem Turnier warf. Kurz zuvor gab es ein »Endspiel um den Euro«, zumindest war das in vielen deutschen Medien so zu lesen, bei dem am Ende die Menschen in Griechenland dem Druck des deutschen EU-Hegemonen unterlagen. Bei den Parlamentswahlen war der Kandidat des Linksbündnisses Syriza, Alexis Tsipras (laut der rechtspopulistischen Bild-Zeitung »der Schrecken Europas«), knapp gescheitert. Mit seinem Wahlsieg wollte er die Verelendung der Menschen in Griechenland beenden und auch der EU einen anderen Weg aufzeigen; schließlich ist laut IAO soziale Sicherheit ein »Menschenrecht und eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit für die Entwicklung und den Fortschritt«. Leider gilt dies nur für einen Teil der Europäer – und für viele Menschen in Griechenland, Spanien oder Portugal nicht. Während die Arbeitslosigkeit in der EU im April 2012 auf fast 25 Millionen (10,3%) gestiegen ist, davon 17 Millionen (11,0%) in der Eurozone, lag

sie in Griechenland infolge der sogenannten »notwendigen Sparmaßnahmen« bei 21,7%. Die Jugendarbeitslosigkeit rangiert bei 52,7%. Bis Januar 2012 ist die Obdachlosigkeit in Griechenland NGO-Berichten zufolge um 25% gestiegen. Doch aus Berlin und Brüssel heißt es: Es reicht nicht, spart weiter. Wie durch weitere Sparmaßnahmen Wirtschaftswachstum generiert werden soll, bleibt ein Geheimnis der herrschenden Politiker in Deutschland und der nicht demokratisch legitimierten Funktionäre der Troika (IWF, EZB, EU-Kommission). Mit ihrem Spardiktat nehmen sie weiter die unteren sozialen Schichten »in die Verantwortung« für die Fehler der Banken, der Reichen (Steuerhinterziehung) und der griechischen Politikerkaste, deren Seilschaften in Griechenland nun weiter regieren dürfen. Auch in Spanien liegt die Arbeitslosigkeit bei 24,3% und 51,5% Jugendarbeitslosigkeit. Auch hier wurden Sozialstaat und Arbeitnehmerrechte angegriffen, um die maroden Banken des Landes zu »retten«, bevor sie noch mehr Schaden anrichten können. Löhne und Renten werden dafür gesenkt, Staatsbedienstete entlassen, mit Arbeitsmarktreformen der Schutz von abhängig Beschäftigten

weiter verschlechtert. Ergebnis: Noch mehr EU-BürgerInnen leben in Armut. Solange in Europa eine Politik des Stärkeren und des Vorrangs von nationalen Interessen vor EU-Gemeinschaftsinteresse herrscht, wird es in Deutschland heißen: Was ist schon die Armut der anderen?

**Austeritätspolitik wird heute vor allem in ökonomischen Zusammenhängen gebraucht und bezeichnet eine staatliche Haushaltspolitik, die einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung anstrebt. Bei der Umsetzung geht es aber vor allem um einschneidende Ausgabenkürzungen für Bildung, Gesundheitsversorgung, Soziales, Kultur, für öffentliche Ausgaben und für den öffentlichen Dienst.**

# Konsequent gegen Rüstungs- exporte

VON SABINE LÖSING

Am 13.6.2012 wurde im Europäischen Parlament fraktionsübergreifend eine Resolution zu den Verhandlungen auf UN-Ebene über den Waffenhandel angenommen.

So erfreulich es ist, dass es fraktionsübergreifend eine große Übereinstimmung zu geben scheint, Rüstungsexporte wirksam zu beschränken, so fraglich ist es, ob es wirklich auf UN-Ebene eine effektive Regelung geben wird. Schon die Hoffnungen, dass es über den in 2008 verabschiedeten gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union (EU) zum Verhaltenskodex des Europäischen Rates für Rüstungsexporte endlich umfassende verbindliche Regelungen gäbe, erwiesen sich schnell als trügerisch. Es gibt immer noch zu viele Schlupflöcher, die es möglich machen, dass auch sehr fragwürdige Waffenexporte wieder Legitimität erlangen. In den letzten Jahren ist der globale Waffenhandel weiter gestiegen und die Länder der EU können für sich wieder den zweifelhaften Erfolg verbuchen, mit 34% den führenden Anteil daran zu haben. Viele dieser Exporte gehen in Länder mit – vorsichtig formuliert –

zweifelhafter Menschenrechtsbilanz und in Krisengebiete. Deshalb muss der Handel mit Waffen vollständig verboten werden. Die Förderung von Rüstungsexporten hat für die EU hohe Priorität. Sie soll den Wegfall innereuropäischer Aufträge kompensieren, der infolge sinkender oder stagnierender Rüstungshaushalte in den Mitgliedstaaten prognostiziert wird. Dies ist einmal im Sinne der Rüstungsindustrie, die nicht gegenüber der Konkurrenz aus den USA und Russland ins Hintertreffen geraten will, und zudem ist eine unabhängige und schlagkräftige Rüstungsindustrie für die europäischen Militärambitionen unerlässlich. Oftmals wird gegen eine Begrenzung des Waffenhandels mit dem Hinweis argumentiert, dass die Waffenindustrie eine hohe Anzahl von Arbeitsplätzen schafft, ein Aspekt, der gerade in Krisenzeiten für viele Menschen wichtig ist. Abgesehen von der moralischen Kategorie möchte ich darauf hinweisen, dass Untersuchungen zweifelsfrei ergaben, dass der Einfluss der Militärausgaben auf Arbeitsplätze im Vergleich mit anderen öffentlichen Ausgaben sehr gering ist. Es geht ja nicht nur um die Frage, wie viele Arbeitsplätze es in der Rüstungsindustrie gibt. Man muss vielmehr berechnen, ob bei dem Einsatz des gleichen Geldes in anderen Bereichen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Wenn schon Geld gespart werden soll, dann ist es sinnvoll, bei den Militärausgaben zu sparen und dieses Geld zum Beispiel in eine Energiewende oder in Bildung zu investieren, da so die doppelte oder dreifache Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden kann.



## Waffenhandel stoppen!

DEUTSCHE WAFFENSCHMIEDEN VERDIENEN WELTWEIT AM GESCHÄFT MIT DEM TOD. UND DIE REGIERUNG FÖRdert DAS. SCHLUSS DAMIT!

# ACTA ad acta

VON HELMUT SCHOLZ  
UND BERND SCHNEIDER

Das Europäische Parlament hat am 4. Juli das umstrittene ACTA-Abkommen abgelehnt.

Es war ein guter Tag für die Demokratie in Europa. Tausende Bürgerinnen und Bürger haben sich erfolgreich gegen ACTA engagiert.

Bis zuletzt hatten konservative Abgeordnete versucht, die Abstimmung zu verschieben. Die sozialdemokratische und die liberale Fraktion waren lange gespalten, sahen sich aber erheblichem Druck durch linke und grüne Abgeordnete ausgesetzt.

In namentlicher Abstimmung mussten dann alle Abgeordneten zum Abkommen selbst Farbe bekennen. Am Ende erhielt ACTA nur noch 39 Ja-Stimmen. 478 Abgeordnete

lehnten das Abkommen ab und 165 enthielten sich. Das Engagement der Anti-ACTA-Bewegung wurde nicht enttäuscht.

Dieser Erfolg ist eine Niederlage der Kommission, insbesondere des Handelskommissars De Gucht, aber auch der Regierungen der Mitgliedstaaten, die ACTA einstimmig durchgewunken hatten.

Die Kommission wollte Profitinteressen großer Konzerne über den Schutz von Bürgerrechten stellen. Sie ist da-

bei grandios gescheitert. Es war ein falscher Ansatz, die Themen Markenschutz, Sicherheit von Medikamenten und Generikahandel sowie Internet und Urheberrecht in einem einzigen Abkommen zu vermengen. Es war ein falscher Ansatz, nicht gemeinsam mit China, Indien und den Entwicklungsländern multilateral zu arbeiten, sondern im Kreise weniger Industrienationen ein Abkommen auszudealen als Korsett für alle. Es war ein falscher Ansatz, das Profitinteresse von Kon-

zernen zu schützen, anstatt die Rechte und Möglichkeiten von Bürgern und Kreativen im Internet zu verbinden.

Die Sorge um den Verlust von Freiheit und Bürgerrechten im Internet ist für Europas Bürgerinnen und Bürger das zentrale Thema. Mit ACTA wären Internetprovider zur Netzpolizei gemacht worden. Es ging auch um die Kontrolle des Verhaltens im Internet und die Weitergabe persönlicher Daten. Für uns ist die digitale Freiheit Bestandteil der Grundrechte.

## Was ist ACTA?

Die EU wollte mit einer Gruppe von Industriestaaten ein Abkommen schließen, das die Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten bestimmen sollte. Internetanbieter wären für Inhalte und Aktivitäten ihrer Kunden haftbar geworden und hätten bei Verstößen die Kundendaten auch an Konzerne in anderen Ländern liefern müssen. Filesharing wäre in den Grenzbereich der Kriminalität gerückt worden. Preiswerte Medikamente aus Indien liefen Gefahr, beim Transport in Entwicklungsländer beschlagnahmt zu werden. Die Vertragshandlungen waren lange geheim geführt worden, bis Europaabgeordnete nach internationalen Protesten eine Offenlegung der Dokumente durchsetzten.



Die Krise in Europa ist auch eine Krise der Jugendlichen.

## Beschäftigung erhöhen, aber um welchen Preis?

VON THOMAS HÄNDEL  
UND KAROLA BOGER

Die EU-Kommission wird nervös. Während die Jugendarbeitslosigkeit immer neue Rekorde erreicht, rutschen die oft gepriesenen Ziele der EU-2020-Strategie in immer weitere Ferne: Erreicht werden soll u. a. eine Beschäftigungsquote von 75% im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, im Jahr 2020 sollen 20 Millionen Personen weniger unterhalb der Armutsgrenze leben müssen als im Jahr 2010.

Angesichts des Sparwahns wohl immer fernere Ziele. Was Wunder! Wer mit gigantischen Austeritätsprogrammen den Menschen derart massiv in die Taschen greift, reduziert damit den mit Abstand wichtigsten Wirtschaftsfaktor – die Massenkauftkraft. Damit wird die Konjunktur abgewürgt, und zwar nicht nur auf nationaler Ebene. Die Steuereinnahmen der Staaten werden geringer und damit das Geld für Investitionen und Investitionsgüter.

Mit einem neuen umfangreichen Maßnahmenpaket will die EU-Kommission die Mitgliedstaaten auf konkrete Arbeitsmarktmaßnahmen verpflichten. Man glaubt's kaum: Die Kommission fordert unter anderem die »gezielten Erhöhungen von Löhnen und Gehältern«. Länder mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss sollten ihre Löhne und Gehälter erhöhen, um die Binnennachfrage anzukurbeln. So weit, so gut!

Auch bei der Empfehlung, die Steuern auf Arbeit zu senken, kommt zunächst Freude auf – die allerdings nur kurz währt. Wer nun wenigstens eine Andeutung der Kommission in Richtung Vermögensteuer oder gar Reichensteuer erwartet, wird enttäuscht.

Die Mindereinnahmen sollen durch höhere Steuern auf Umweltbelastungen kompensiert werden – und treffen damit wiederum diejenigen besonders, die man vorher entlastet hat: schlau!

Der Rest ist fast ausschließlich die alte Leier: mehr Jobs schaffen, Unternehmensgründungen, Einstellungszuschüsse, den Start in die Selbstständigkeit fördern, blah ... Große Beschäftigungspotenziale vor allem bei »Green Jobs«, in der Informations- und Kommunikationstechnik und im Gesundheitswesen. Letzteres könnte Heiterkeit auslösen, wär's nicht so traurig: Früher wurden südliche und östliche Mitgliedstaaten gezwungen, die Hälfte ihrer Krankenhäuser zu schließen. Aktuell nötigt die Kommission einige Staaten, die Gesundheitsausgaben zu reduzieren. Das nennt man »links blinken, rechts abbiegen«.

Sogar der Begriff »Mindestlohn« findet sich in dem Dokument! Nicht erschrecken: nur im Konjunktiv und bei den Empfehlungen an Deutschland ist er auch schon wieder weg. So was sagt man der Kanzlerin auch nicht!

Wahrhaft erhellend ist schließlich der Vorschlag »Entgeltfestsetzungs-

mechanismen modernisieren«. Offensichtlich will die Kommission sich nun auch noch in die Tarifautonomie einmischen, obwohl selbst durch den Lissabon-Vertrag ausgeschlossen. Mit dem »Abbau der Arbeitsmarktsegmentierung« sollen die Arbeitsbedingungen von prekär Beschäftigten solchen mit unbefristeten Arbeitsverträgen angeglichen werden. Nur noch ein »harter Kern an Ansprüchen« bei Unterzeichnung eines Arbeitsvertrages soll bleiben. Gleiches Unrecht für alle also!

Da ist die Welt doch wieder in Ordnung! Wir dachten schon, die Kommission hätte was gelernt. Es bleibt dabei. Viel Flexi – noch weniger Security! Nun im Modus 2.0. Es bleibt noch was zu tun ...

### Weiterlesen

Flyer der GUE/NGL: Jugendarbeitslosigkeit in der EU

# Kulturförderung in Krisenzeiten

VON LOTHAR BISKY

Kultur- und Bildungspolitik ist Ländersache – so das bekannte Klischee. Doch auch die Europäische Union hat kulturpolitische Aufgaben und Kommissare für verschiedene kulturpolitische Themen – zum Beispiel Medien, Kultur in den Außenbeziehungen, klassische Kulturförderung, Mehrsprachigkeit, Bildung, Sport, Urheberrecht oder Digitalisierung. EU-Kohäsionsfonds unterstützen Kultur- und Bildungsförderung direkt vor Ort. EU-Kulturpolitik im engeren Sinne basiert auf EU-Vertragsbestimmungen (v. a. Art. 167 VAEU), der EU-Grundrechtecharta sowie der Verpflichtung auf die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Diversität. »Europa« wird dabei ergänzend zu den Mitgliedstaaten tätig und unterstützt sie in ihrer kulturellen Kooperationsarbeit. Die aktuell geltende »Europäische Agenda für Kultur« (2007–2013) beinhaltet drei Förderungsschwerpunkte: kulturelle Vielfalt und interkulturel-

len Dialog, Kultur als Katalysator für Kreativität und Innovation sowie Kultur als Element der EU-Außenbeziehungen.

Zur EU-Kulturförderung für die Jahre 2014 bis 2020 sind die Beratungen aktuell in vollem Gange. Mit dem Hauptprogramm »Kreatives Europa« sollen nach Vorstellung

der Kommission die bestehenden Förderprogramme Kultur, MEDIA (Film) und MEDIA Mundus zusammengefasst und um ein Finanzinstrument zur Förderung der in der Kreativbranche tätigen KMU ergänzt werden. In Anhörungen, zu denen die Europaabgeordneten Betroffene und Experten aus Kultur- und Bildungsbereichen eingeladen hatten, wurden zu diesem Vorhaben ernst zu nehmende Kritikpunkte vorgebracht. Besonders wird befürchtet, dass »Kreatives Europa« einen Paradigmenwechsel vom bisherigen Ziel der Schaffung eines europäischen Kulturraums hin zu einem

Wirtschaftsprogramm vollzieht. Das hätte kaum noch mit kreativem Europa zu tun. Das Ziel, kulturelle Vielfalt zu erhalten, würde konterkariert und kleinen, nicht profitorientierten Kulturprojekten das Überleben noch schwerer gemacht. Kulturgüter sind eben nicht vor allem Wirtschaftsgüter. Sie haben auch einen Eigenwert, der sich nicht allein an Umsatz- oder Besucherzahlen messen lässt. Ökonomische Freiräume sind Voraussetzung für kulturelle und künstlerische Entwicklungen.

Nicht hoch genug können die Potenziale geschätzt werden, die in einem europäischen Kulturraum, einer europäischen Identität und einer aktiv geförderten europäischen Bürgerschaft mit vielfältigem zivilgesellschaftlichen Engagement liegen. Das gilt gerade in der gegenwärtigen Krise, in der der europäische Einigungsprozess gelegentlich ganz zur Diskussion gestellt wird. Umso tragischer wäre es, würde die vorrangig ökonomische Betrachtung des europäischen Einigungsprozesses nun auch noch die kulturpolitische Debatte dominieren. DIE LINKE. im Europaparlament streitet um Mehrheiten gegen diese Entwicklung genauso, wie sie gegen die falsche Austeritätspolitik eintritt, die den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU bedroht.



## europaROT

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

### Unsere Themen:

- Juli 2011: Wirtschaftsregierung – sparen, sparen, sparen, bis nichts mehr übrig bleibt
- November 2011: Vom Hunger der Welt
- März 2012: Tritt ein, bring Geld herein!



Sie haben eine Ausgabe verpasst? Alle vorherigen Ausgaben von europaROT sowie die aktuelle Ausgabe und weitere Informationen finden Sie hier: einfach diesen Code mit Ihrem Smartphone scannen!

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen? Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 B 072, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: [dielinke.presse@europarl.europa.eu](mailto:dielinke.presse@europarl.europa.eu)

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

**europaROT**  
DIE LINKE im Europaparlament Ausgabe 8 · März 2012

### Tritt ein, bring Geld herein!

Die EU – »Geeint in Vielfalt« oder soziale Auslese?

Liebe Leserinnen und Leser, »Herzlich willkommen! Es gibt keinen schöneren Gruß, um sich wohlzufühlen, sei es bei Freunden, zu Hause oder im Ausland. Die EU gewährt jedoch längst nicht allen einen herzlichen Empfang. Seit Jahren rüstet sie an ihren Außengrenzen mächtig auf, um Flüchtlingen den Weg nach Europa zu versperren. Dabei hat sich die Europäische Union das Motto »Geeint in Vielfalt« auf die Fahnen geschrieben. Geeint? In Vielfalt? Die Europaabgeordneten der LINKEN haben sich den Slogan in der vorliegenden Ausgabe der europaROT genauer angesehen und meinen: Wirtschaftlicher Nutzen hat in der EU in ihrer jetzigen Form Vorrang vor kultureller Vielfalt, Solidarität, Toleranz und Einigkeit. In ihrem Artikel beschreibt Cornelia Ernst, wie von vielen Politikern immer wieder der Notfall ausgerufen wird, um die Verbarrikadierung an den Außengrenzen der EU zu rechtfertigen. Ob es sich dabei überhaupt um einen Notfall handelt, bleibt offen. Dass die EU keine Zeit verliert, um der veränderten politischen Situation in Nordafrika – wortwörtlich – Kapital zu schlagen, zeigt Sabine Lösing in ihrem Beitrag auf. Gute Nachbarschaftspolitik sieht anders aus. Sprachliche, religiöse oder kulturelle Minderheiten sind nicht überall willkommen, sondern von jehor Zielstiche von Ausgrenzung und Fremdenhass. Ein Beispiel hierfür sind die Kurden. Ihnen widmet Jürgen Klute seinen Beitrag. Rassistische Töne sind auch im EU-Parlament zu vernehmen. Dort gibt es eine nicht zu unterschätzende Anzahl nationalistischer und rechtsextremster Abgeordneter, die mit populistischen Parolen vor einer »Verwässerung« der Völker Europas warnen. Gabi Zimmer nennt hierfür Beispiele. Sicherlich haben Sie davon gehört, dass die Demokratie in Ungarn auf der Kippe steht. Helmut Scholz erklärt die aktuelle Situation im Land und die Reaktionen der EU-Kommission. Während der Industriestaaten Hauptverursacher des Klimawandels sind, leiden weltweit besonders die Armen unter dessen Folgen. Sabine Wild erklärt, wieso immer mehr von ihnen deshalb auf der Flucht sind. Migration findet selten freiwillig statt. Das zeigt auch Thomas Händels Artikel über Arbeitsmigration inner- und außerhalb der EU. Fragen Sie sich jetzt, wie es angesichts all dessen weitergehen kann mit dem europäischen Gedanken von Frieden und Solidarität? Lothar Bisky geht in seinem Beitrag genau dieser Frage nach. Wir bedanken uns für Ihr Interesse und freuen uns über Ihre Rückmeldung!

» Schon seit Jahren rüstet die Europäische Union an ihren Außengrenzen auf.

Wem die oft lebensgefährliche Odyssee dennoch gelingt, wird in Aufnahmestellen unter menschenunwürdigen Bedingungen zusammengepfercht und schnellstmöglich abgeschoben. Gastfreundschaft à la EU.

# DIE LINKE. im Europaparlament

## Gabi Zimmer

Vorsitzende der  
GUE/NGL-Fraktion

Mitglied im Ausschuss für  
Entwicklung; Stellvertreterin im  
Ausschuss für Beschäftigung  
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin  
für Thüringen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F357  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45101  
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu  
www.gabi-zimmer.de



## Thomas Händel

Sprecher der Delegation  
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für  
Beschäftigung und soziale An-  
gelegenheiten; Stellvertreter  
im Ausschuss für Wirtschaft und  
Währung

**Ansprechpartner für Bayern,  
Baden-Württemberg und  
Saarland**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F259  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45658  
thomas.haendel@europarl.europa.eu  
www.thomas-haendel.eu



## Lothar Bisky

Stellvertretender Vorsitzender  
im Ausschuss für Kultur und  
Bildung

**Ansprechpartner  
für Berlin  
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F 155  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45834  
lothar.bisky@europarl.europa.eu  
www.lothar-bisky.de



## Cornelia Ernst

Mitglied im Ausschuss für bürger-  
liche Freiheiten, Justiz und Inneres;  
Stellvertreterin im Ausschuss für  
regionale Entwicklung; Stellvertre-  
terin im Ausschuss für die Rechte  
der Frau und die Gleichstellung  
der Geschlechter

**Ansprechpartnerin für Sachsen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F 154  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45660  
cornelia.ernst@europarl.europa.eu  
www.cornelia-ernst.de



## Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für Wirt-  
schaft und Währung; Stellvertre-  
ter im Haushaltsausschuss

**Ansprechpartner für  
Nordrhein-Westfalen und  
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F254  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45655  
juergen.klute@europarl.europa.eu  
www.juergen-klute.eu



## Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für  
auswärtige Angelegenheiten;  
Unterausschuss für Sicherheit  
und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für  
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F255  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45894  
sabine.loesing@europarl.europa.eu  
www.sabine-loesing.de



## Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für interna-  
tionalen Handel; Stellvertreter  
im Ausschuss für auswärtige  
Angelegenheiten; Ausschuss für  
konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für  
Mecklenburg-Vorpommern  
und Brandenburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F243  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45893  
helmut.scholz@europarl.europa.eu  
www.helmutscholz.eu



## Sabine Wils

Mitglied im Ausschuss für  
Umweltfragen; Stellvertreterin im  
Ausschuss für Verkehr und Frem-  
denverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,  
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F247  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45644  
sabine.wils@europarl.europa.eu  
www.sabine-wils.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE  
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT